

Die Bundesregierung will schon bald aus dem Wirecard-Skandal Konsequenzen ziehen. „Auf diese Gesetze muss niemand mehr lange warten“, sagte Finanzminister Olaf Scholz, als er am Mittwoch mit Justizministerin Christine Lambrecht (beide SPD) den Aktionsplan zur Bekämpfung von Bilanzbetrug und stärkeren Kontrolle über die Finanzmärkte vorstellte. Wie Scholz hervorhob, wird er vom Bundeskanzleramt und dem Wirtschaftsministerium mitgetragen.

Der frühere Dax-Konzern Wirecard hatte jahrelang seine Geschäftsberichte manipuliert. Nachdem der Zahlungsdienstleister Luftbuchungen von 1,9 Milliarden Euro eingestanden hatte, musste er Insolvenz anmelden. „Zufälle gibt's“, einen Tag vor Beginn des Untersuchungsausschusses komme Scholz damit, sagte der Grünen-Finanzpolitiker Danyal Bayaz der F.A.Z. An diesem Donnerstag ist die konstituierende Sitzung des Ausschusses, der unter anderem klären soll, wieso weder Wirtschaftsprüfer noch Finanzaufsicht die Bilanzmanipulationen früher aufgedeckt haben – zumal es schon länger Hinweise aus dem Ausland gab. Bayaz ist Obmann der Grünen in dem Gremium.

„Der Fall Wirecard hat uns deutlich gezeigt, dass unser System der Bilanzkontrolle bei krimineller Energie an seine Grenzen stößt und deswegen dringend der Überarbeitung bedarf“, sagte Justizministerin Lambrecht. Zentraler Punkt des vorgelegten Konzepts ist eine Stärkung der Finanzaufsicht Bafin. „Die Bafin muss direkt und unmittelbar mit hoheitlichen Befugnissen gegenüber Kapitalmarktunternehmen auftreten können.“ Sie brauche ein Prüfungsrecht gegenüber kapitalmarktorientierten Unternehmen einschließlich Auskunftrechte gegen Dritte, die Möglichkeit forensischer Prüfungen sowie das Recht, die Öffentlichkeit früher als bisher über ihr Vorgehen bei der Bilanzkontrolle zu informieren.

Bisher hat die staatliche Bafin solche Rechte nicht. Daher hatte sie die privatrechtlich organisierte Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) im Februar 2019 beauftragt, den Abschluss von Wirecard für das erste Halbjahr 2018 näher unter die Lupe zu nehmen. Diese Prüfung zog sich allerdings hin. Die Neuregelung gibt nach Ansicht von Scholz und Lambrecht der Bafin die Kontrolle über das Prüfungsgeschehen „und stellt sicher, dass in allen Prüfungsphasen hoheitliche Mittel zur Verfügung stehen“. So würden Bilanzkontrollen insgesamt schneller, transparenter und effektiver. „Wir prüfen, wie eine privatrechtlich organisierte Prüfstelle auch künftig eine Funktion bei der Bilanzkontrolle übernehmen kann.“

Darüber hinaus plant die Bundesregierung dem Konzept zufolge, die Unabhängigkeit der Abschlussprüfer zu stärken, „indem wir auch für Kapitalmarktunternehmen eine verpflichtende externe Prüferrotation nach zehn Jahren vorsehen“. Zudem soll die Trennung zwischen Prüfung und Beratung schärfer werden, allerdings nur „bei Unternehmen von öffentlichem Interesse“. Auch wird die zivilrechtliche Haftung von Abschlussprüfern für Pflichtverletzungen geprüft, um die Qualität der Abschlussprüfung zu fördern.

Damit nicht genug, weiter heißt es: „Wir werden Maßnahmen zur Stärkung der Corporate Governance von börsennotierten Unternehmen ergreifen, insbesondere zur Etablierung angemessener und wirksamer interner Kontroll- und Risikomanagementsysteme, zur obligatorischen Einrichtung eines Prüfungsausschusses und zur Stärkung der Informationsrechte des Aufsichtsrates.“ Zur Bekämpfung der Geldwäsche werden eine Reihe von Maßnahmen genannt, die intensiviert, verbessert oder geprüft werden sollen.

Der Grünen-Abgeordnete Bayaz nannte den Aktionsplan eine Enttäuschung. Er biete wenig mehr als die Ankündigung, dieses oder jenes zu prüfen. Linken-Fraktionsvize Fabio De Masi urteilte, eine Eingreiftruppe der Bafin mit Möglichkeit zu forensischen Prüfungen und eine stärkere Universalaufsicht über große Unternehmen mit Finanzgeschäft seien sinnvoll. „Aber entscheidend ist dabei, wo das qualifizierte Personal herkommt und in welchem Umfang die Prüfung an private Unternehmen ausgelagert wird.“

Für die Wirtschaftsprüfer begrüßte das Institut der Wirtschaftsprüfer IDW den Ansatz der Bundesregierung, dass sowohl die Unternehmensführung (Corporate Governance) als auch die Wirtschaftsprüfung, dieses oder jenes zu prüfen. Linken-Fraktionsvize Fabio De Masi urteilte, eine Eingreiftruppe der Bafin mit Möglichkeit zu forensischen Prüfungen und eine stärkere Universalaufsicht über große Unternehmen mit Finanzgeschäft seien sinnvoll. „Aber entscheidend ist dabei, wo das qualifizierte Personal herkommt und in welchem Umfang die Prüfung an private Unternehmen ausgelagert wird.“

„Die langfristige Kooperation mit der Deutschen Telekom gibt uns Planungssicherheit“, meinte Markus Haas, der Vorstandsvorsitzende von Telefónica. Vor allem in den Großstädten werde man den O2-Kunden künftig einen Zugang zum Glasfasernetz anbieten können. Von der Telekom bezieht der Mobilfunkkonzern seit 2013 Breitbandanschlüsse, die aber über das aufgerüstete Kupfernetz laufen und maximal 250 Megabit schaffen. Praktisch alle 2,2 Millionen Festnetzkunden der Telefónica werden so versorgt. Auch dieser Vertrag wird um zehn Jahre verlängert.

Außerdem bekommt O2 bald Zugriff auf das Fernsehkabelnetz von Vodafone: Als Auflage für die Übernahme von Unitymedia muss Vodafone dem Konkurrenten langfristig ein Mindestkontingent von Anschlüssen mit Bandbreiten von 300 Megabit überlassen. Kein anderer Mobilfunkanbieter in Deutschland könne seinen Kunden aus einer Hand zugleich ein solches Leistungssortiment im Festnetz anbieten, sagte Haas.

Für die Telekom ist der neue Vertrag ein wichtiger Umsatzbringer. Rund 3 Milliarden Euro hat sie nach Angaben von Deutschland-Chef Wössner im vorigen Jahr aus der Verpachtung ihrer Breitbandnetze an andere Anbieter erwirtschaftet. Telefónica, Vodafone und 1&1 standen dabei gemeinsam für drei Viertel dieses Großhandelsgeschäfts.



Handlungsbedarf: Bundesfinanzminister Olaf Scholz

Foto dpa

Lehren aus dem Wirecard-Skandal

Scholz und Lambrecht legen einen Aktionsplan vor. Die Finanzaufsicht soll künftig kriminalistisch Bilanzen auseinandernehmen. Von Manfred Schäfers, Berlin, und Georg Giersberg, Frankfurt

nahmen genannt, die intensiviert, verbessert oder geprüft werden sollen.

Der Grünen-Abgeordnete Bayaz nannte den Aktionsplan eine Enttäuschung. Er biete wenig mehr als die Ankündigung, dieses oder jenes zu prüfen. Linken-Fraktionsvize Fabio De Masi urteilte, eine Eingreiftruppe der Bafin mit Möglichkeit zu forensischen Prüfungen und eine stärkere Universalaufsicht über große Unternehmen mit Finanzgeschäft seien sinnvoll. „Aber entscheidend ist dabei, wo das qualifizierte Personal herkommt und in welchem Umfang die Prüfung an private Unternehmen ausgelagert wird.“

Für die Wirtschaftsprüfer begrüßte das Institut der Wirtschaftsprüfer IDW den Ansatz der Bundesregierung, dass sowohl die Unternehmensführung (Corporate Governance) als auch die Wirtschaftsprüfung, dieses oder jenes zu prüfen. Linken-Fraktionsvize Fabio De Masi urteilte, eine Eingreiftruppe der Bafin mit Möglichkeit zu forensischen Prüfungen und eine stärkere Universalaufsicht über große Unternehmen mit Finanzgeschäft seien sinnvoll. „Aber entscheidend ist dabei, wo das qualifizierte Personal herkommt und in welchem Umfang die Prüfung an private Unternehmen ausgelagert wird.“

So sollte nicht nur vorgeschrieben werden, dass ein Unternehmen ein funktionierendes Compliance-System hat, sondern man sollte Vorstand und Aufsichtsrat verpflichten, jährlich öffentlich dessen Funktionsfähigkeit zu bezeugen. Außerdem sollte zur Verstärkung der Unabhängigkeit des Prüfers mindestens einmal im Jahr ein Gespräch zwischen Prüfer und Aufsichtsrat ohne Vorstand stattfinden. In der Verkürzung der Rotationszeit wie auch der Erhöhung der Haftungssumme für Prüfer sieht Naumann die Gefahr einer weiteren Marktkonzentration. Gerade die Haftung dürfe nicht dazu führen, dass sich kleinere Wirtschaftsprüfungsgesellschaften ganz aus der Prüfung von börsennotierten Gesellschaften zurückzie-

hen. Ausdrücklich begrüßt Naumann, dass man über eine Beibehaltung der privatrechtlich organisierten Prüfstelle für Rechnungslegung (Bilanzpolizei) nachdenke. Andere Vorschläge wie die Stärkung der Befugnisse der Abschlussprüferaufsicht Apas seien so unkonkret, dass man wenig dazu sagen könne. Naumann vermisst Gedanken darüber, wie ein Wirtschaftsprüfer bei konkretem Verdacht auf kriminelle Handlungen bei Mandanten vorgehen soll. In solchen Fällen fehlten den Wirtschaftsprüfern Ansprechpartner, die – ausgestattet mit hoheitlichen Rechten – dem Verdacht nachgehen.

Man bedauere, „dass ein solcher Schritt notwendig ist“, hieß es. Im Sinne der wirtschaftlichen Stabilität des Unternehmens und der sozialen Sicherheit für alle Mitarbeitenden gebe es dazu jedoch keine Alternative – zumal die DB angesichts der ablehnenden Haltung der GDL laut geltendem Tarifvertrag ein Schlichtungsverfahren einleiten könne. „Wir wollen auch mit der GDL eine ökonomisch verantwortungsvolle und sozial ausgewogene Lösung finden“, versicherte Personalvorstand Martin Seiler. „Damit schaffen wir Planungssicherheit, erhalten Arbeitsplätze und sichern unsere Unternehmensstrategie der starken Schiene.“

Die Kabel-Kooperation

Mobilfunk O2 geht neue Wege – mit der Telekom

bü. BONN. Für ultraschnelles Internet will Telefónica Deutschland, bekannt durch die Mobilfunkmarke O2, seinen Kunden künftig Glasfaseranschlüsse der Deutschen Telekom anbieten. Dazu haben die beiden Unternehmen einen über zehn Jahre laufenden Großhandelsvertrag abgeschlossen. Es ist das erste Mal überhaupt, dass die Telekom einem Konkurrenten Glasfaserleitungen bis ins Haus (FTTH) vermietet. Der Bonner Branchenriese verspricht sich davon eine schnellere Auslastung des teuren Netzes, das Bandbreiten von einem Gigabit ermöglicht. Telefónica wiederum kann damit ohne eigene Investitionen sein Festnetzprogramm nach oben abrunden und verbesserte Bündelangebote schnüren.

„Diese Kooperation ist wegweisend“, sagte Telekom-Deutschland-Vorstand Dirk Wössner. Das Modell werde die Telekom auch anderen Unternehmen anbieten. Die Vereinbarung mit Telefónica soll im kommenden Frühjahr in Kraft treten. Dafür brauchen beide Seiten nun noch die Zustimmung der Bundesnetzagentur, die solchen Modellen aber grundsätzlich offen gegenübersteht.

Die Telekom hat sich bisher vor allem auf die Aufrüstung ihres Kupfernetzes konzentriert. Ihre Glasfaserleitungen bis in die Häuser erreichen erst rund 1,8 Millionen Haushalte. Die Kosten sind hoch: Allein ein Kilometer Tiefbau verschlinge rund 100 000 Euro, sagte Wössner. Um den Ausbau zu beschleunigen und das Investitionsrisiko zu teilen, setzt die Telekom deshalb sowohl auf Vermarktungspartner als auch auf die direkte Zusammenarbeit mit an-

deren Investoren. So hat sie sich vor einigen Monaten mit dem norddeutschen Regionalanbieter EWE in einem Gemeinschaftsunternehmen für den Glasfaserausbau zusammengetan.

„Die langfristige Kooperation mit der Deutschen Telekom gibt uns Planungssicherheit“, meinte Markus Haas, der Vorstandsvorsitzende von Telefónica. Vor allem in den Großstädten werde man den O2-Kunden künftig einen Zugang zum Glasfasernetz anbieten können. Von der Telekom bezieht der Mobilfunkkonzern seit 2013 Breitbandanschlüsse, die aber über das aufgerüstete Kupfernetz laufen und maximal 250 Megabit schaffen. Praktisch alle 2,2 Millionen Festnetzkunden der Telefónica werden so versorgt. Auch dieser Vertrag wird um zehn Jahre verlängert.

Außerdem bekommt O2 bald Zugriff auf das Fernsehkabelnetz von Vodafone: Als Auflage für die Übernahme von Unitymedia muss Vodafone dem Konkurrenten langfristig ein Mindestkontingent von Anschlüssen mit Bandbreiten von 300 Megabit überlassen. Kein anderer Mobilfunkanbieter in Deutschland könne seinen Kunden aus einer Hand zugleich ein solches Leistungssortiment im Festnetz anbieten, sagte Haas.

Für die Telekom ist der neue Vertrag ein wichtiger Umsatzbringer. Rund 3 Milliarden Euro hat sie nach Angaben von Deutschland-Chef Wössner im vorigen Jahr aus der Verpachtung ihrer Breitbandnetze an andere Anbieter erwirtschaftet. Telefónica, Vodafone und 1&1 standen dabei gemeinsam für drei Viertel dieses Großhandelsgeschäfts.

Bahn setzt GDL unter Druck

Konzern muss sparen und leitet Schlichtung mit Lokführer-Gewerkschaft ein

tih. FRANKFURT. Corona bringt die Deutsche Bahn nach eigener Einschätzung in die „größte Krise in der Unternehmensgeschichte“ – und deshalb versucht der Konzern zu sparen, auch beim Personal. Mit der Eisenbahngewerkschaft EVG einigte sich das Schienenunternehmen im September auf vergleichsweise geringe Einkommenssteigerungen. Die Lokführer-Gewerkschaft GDL dagegen machte bislang keine Anstalten, in Tarifverhandlungen eintreten zu wollen, weil der aktuelle Vertrag noch bis Ende Februar gilt. Deshalb hat die DB nun am Mittwoch ein Schlichtungsverfahren mit der GDL eingeleitet – „zur Bewältigung der Milliarden-schäden aus der Corona-Krise“.



Bislang noch keine Verhandlungspartner: Martin Seiler und Claus Wesesky Foto dpa

Man bedauere, „dass ein solcher Schritt notwendig ist“, hieß es. Im Sinne der wirtschaftlichen Stabilität des Unternehmens und der sozialen Sicherheit für alle Mitarbeitenden gebe es dazu jedoch keine Alternative – zumal die DB angesichts der ablehnenden Haltung der GDL laut geltendem Tarifvertrag ein Schlichtungsverfahren einleiten könne. „Wir wollen auch mit der GDL eine ökonomisch verantwortungsvolle und sozial ausgewogene Lösung finden“, versicherte Personalvorstand Martin Seiler. „Damit schaffen wir Planungssicherheit, erhalten Arbeitsplätze und sichern unsere Unternehmensstrategie der starken Schiene.“

Zumindest bislang wollte die GDL diesen Weg aber nicht mitgehen. Noch vor dem EVG-Abschluss lehnte die Gewerkschaft Gespräche mit der Bahn über einen Sanierungsstarifvertrag ab. „Wir haben gültige Tarifverträge bis Februar 2021 und sehen keinen Anlass, Abstriche beim Zugpersonal zuzulassen“, hatte der Bundesvorsitzende Claus Wesesky damals gesagt und betont: „Wir werden alles tun, damit unsere Kollegen die falsche Struktur des DB-Konzerns und das Missmanagement des Vorstands nicht ausbaden müssen.“

Die bundeseigene Bahn hat im ersten Halbjahr einen Milliardenverlust eingefahren und erhält wegen der Einbußen in der Corona-Krise Milliardenhilfen vom Staat. Im Gegenzug soll sie den Anstieg der Personalkosten dämpfen. Die GDL verlangte mehr Transparenz über den künftigen Finanzbedarf des Unternehmens und eine Begründung, warum das Personal einen Sparbeitrag zu leisten habe. Die Bahn beschäftigt allein in Deutschland knapp 215 000 Mitarbeiter.



Schnellschuss

Von Georg Giersberg

Olaf Scholz, Kanzlerkandidat seiner Partei, demonstriert Handlungsfähigkeit. Er möchte vor einem Untersuchungsausschuss nicht mit leeren Händen dastehen. Deshalb veröffentlicht er schon einmal ein Zwischenergebnis seines Bemühens, Lehren aus dem Wirecard-Skandal zu ziehen. Entsprechend vage sind die Vorschläge; an zu vielen Stellen wird erst noch „geprüft“. Und auch, wo eine Instanz gestärkt oder ausgebaut werden soll, fehlt es an konkreteren Angaben über das „wie“. Auffallend ist, dass die geplanten Maßnahmen umso umfangreicher werden, je weiter sie sich vom konkreten Betrugsfall entfernen. Finanzmarktaufsicht Bafin und Geldwäschekontrolle FIU nehmen relativ viel Raum ein. Aber wenn diese Aufsicht eingreift, dann ist der Skandal schon eingetreten. Besser wäre es, den Betrüger auf frischer Tat das Handwerk zu legen. Dazu gehört ein wirksames Compliance-System und eine Stärkung der Prüferrechte bei Verdacht auf Betrug. Dazu gehört eine stärkere Bindung des Prüfers an den Aufsichtsrat und die Frage, ob das Unternehmen wirklich seinen eigenen Prüfer selbst wählen sollte. Zu diesen wichtigen Fragen schweigt das Scholz-Papier. Das liegt hoffentlich nur an der Vorläufigkeit dieses Schnellschusses.

Neue Wege

Von Helmut Bänder

In Köln, München oder Hamburg verlegen Stadtnetzbetreiber die neuen Glasfaserleitungen. In Niedersachsen bauen der Regionalanbieter EWE und die Deutsche Telekom zusammen am Netz für die digitale Zukunft. Anderswo auf dem Land ist die Deutsche Glasfaser unterwegs und schließt immer mehr Haushalte ans Gigabit-Internet an. Mit steigender Nachfrage nach den Hochgeschwindigkeitsanschlüssen kommt langsam, aber sicher auch der Ausbau in Fahrt – das laufende Jahr wird voraussichtlich einen neuen Rekord markieren. Dabei gehen die Unternehmen neue Wege. Denn Glasfaser bis in die Häuser und Wohnungen zu verlegen ist extrem teuer und überfordert sogar den finanzkräftigen Branchenriesen Deutsche Telekom. Deshalb entsteht das Zukunftnetz als Flickenteppich in einer Gemeinschaftsanstrengung unterschiedlicher Investoren. Das Schlüsselwort für den Erfolg ist dabei ein offener Netzzugang: Die Leitungen müssen zu fairen Konditionen jedem Provider offenstehen, der darüber eigene Angebote zu den Kunden bringen will. Der neue, frei ausgehandelte Großhandelsvertrag zwischen der Telekom und Telefónica ist ein Beleg dafür, dass dieses Modell zur beiderseitigen Zufriedenheit funktionieren kann – auch ohne Zwangseingriffe der Marktaufsicht.

Aufholgebot

Von Tillmann Neuscheler

Der Frauenanteil in den Vorständen der 30 Dax-Unternehmen war noch nie hoch – in den vergangenen zwölf Monaten ist er jetzt auch noch leicht gesunken. Die Gründe, warum es gerade in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft so wenige Frauen gibt, sind komplex. Der Grund für den jetzigen Rückgang eher nicht: Im vergangenen Jahr haben leicht überdurchschnittlich viele Frauen ihren Vorstandsposten abgegeben, nicht alle vakanten Posten wurden sofort wieder nachbesetzt, viele Vorstände wurden verkleinert. Das wird nicht dauerhaft so bleiben: Etliche Unternehmen haben schon angekündigt, vakante Posten wieder mit Frauen zu besetzen, sie sind aber noch nicht im Amt. Insofern ist der Rückgang wohl eher eine Delle, auch wenn Befürworter einer gesetzlichen Quote in Vorstandsgremien jetzt Alarm schlagen. Innerhalb der Koalition hat der Vorstoß dafür von Justizministerin Lambrecht und Familienministerin Giffey wenig Chancen auf Verwirklichung, weil er über das hinausgeht, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Laut DIW liegt Deutschland hinsichtlich des Frauenanteils in Vorständen zwar nicht an letzter Stelle – aber doch leicht unter dem EU-Schnitt. Das sollte sich ändern.